

Nur noch mit Zertifikat zum Job? Definitiv ein NO-GO!

HJ) Mit seinen Vorschlägen, die der Bundesrat letzte Woche den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitete, hat er definitiv die rote Linie überschritten. Die Arbeitgeber sollen das Recht erhalten, die Arbeitnehmenden über ihren Impfstatus zu befragen, um gestützt darauf einen Impfbzwang einzuführen. Ein gefährlicher Schritt, der bald auch dazu verleiten könnte, von den Arbeitnehmenden bei Jobantritt einen Gesundheitspass zu verlangen.

Zu viele offene Fragen

Der Verband Avenir50plus Schweiz wehrt sich in aller Form gegen diese Beschränkung des Rechts auf die Integrität des eigenen Körpers. Auf zu viele Fragen rund um die mRNA-Impfung fehlt eine Antwort, als dass man diese als harmlos hinstellen könnte. Die Impfung hat bis heute immer noch den Status einer Notfallzulassung. Erinnert sei an die Schweinegrippe-Impfung, bei der sich erst ein Jahr später die katastrophalen Nebenwirkungen einer Narkolepsie (Schlafkrankheit) zeigte. Auch diese Impfung wurde im Vorfeld von den Herstellern, die keinerlei Risiko für Nebenwirkungen tragen, als sicher propagiert. Aktuell zeigt sich (NZZ vom 28.8.2021), dass die Impfung auch bei Menschen, die sich zweifach impfen liessen, keinen Schutz vor Erkrankung bietet. Ein weiteres Feld sind die Hilfsstoffe, die sog. Adjuvantien, die dem Impfstoff beigemischt werden und deren Zusammensetzung nicht offengelegt wird. Viele Wissenschaftler sehen darin ebenso eine Gefahrenquelle für die Gesundheit wie im Impfstoff selbst. Immerhin starben jüngst zwei junge Menschen wegen Verunreinigung dieser Inhaltsstoffe. Was Gegenstand der Verträge der Regierung mit den Herstellern ist, ist weiterhin unter Beschluss, obwohl die Schweiz das Öffentlichkeitsprinzip kennt. Dr. Mike Yeadon, ehemaliger Vize-Chef beim Pharmaunternehmen Pfizer informierte kürzlich vor laufender Kamera über seine Recherchen zu den Verträgen der Hersteller mit den Regierungen in Zentralamerika. Gemäss seinen Äusserungen seien diese Länder gezwungen, den Impfstoff weiter zu verabreichen, selbst dann, wenn geeignete Medizin vorhanden sei.

Ausbau der IPS-Betten statt Zweiklassengesellschaft

Der Druck zum Impfbzwang stützt sich vor allem auf die beschränkte Anzahl der Intensivbetten (IPS) als ob das eine unabänderliche Konstante sei. Die Schweiz weist für 8.5 Mio. Einwohner gerade mal 850 Betten aus. Im Vergleich dazu Deutschland, das für 83 Mio. Einwohner rund 28 000 Betten hat. Hätte die Schweiz ähnlich viele Betten pro Einwohner wie Deutschland, könnten wir uns die täglichen Schreckensmeldungen, die bei vielen Menschen Depressionen und Angst bewirken, ersparen. Stattdessen machen sich in der Schweiz Kantone wie Appenzell Auser Rodener mit total 6 IPS-Betten stark für eine Ausgrenzung der Ungeimpften vom öffentlichen Leben. Graubünden wünscht sich sogar eine Ausweitung des Impfbzwangs auf den öffentlichen Verkehr. Wer kein Auto hat und seinen Körper nicht dem Risiko der mRNA-Impfung aussetzen möchte, müsste dann zu Fuss an die Arbeit, falls der Arbeitgeber ihn nicht zuvor entlassen hat.

Für vulnerable Gruppen wird Impfbzwang Realität

Die geplanten Beschränkungen haben aber auch massive Auswirkungen auf das Vereinsleben. So könnte Avenir50plus Schweiz keine GV mehr durchführen. Die Tests sind zu teuer, als ob sich vulnerable Gruppen diese leisten könnten. Der indirekte Impfbzwang ist vor allem auch ein Angriff auf die Menschen mit geringen Einkommen, die weder über ein Auto noch über genug Geld verfügen, sich testen zu lassen. Für sie wird der Impfbzwang Realität.

Die Unzulänglichkeiten unseres Gesundheitssystems dürfen unter keinen Umständen auf dem Buckel der Armen und Erwerbslosen ausgetragen werden. Stopp einer Zwei-Klassengesellschaft!